



22.05.2008

Was ist Behördenpropaganda?

Im nationalen Parlament werden neue Gesetze ausgearbeitet. In diesem Prozess kann und muss sich der Bundesrat einbringen, mit allen Mitteln die ihm zur Verfügung stehen. Hat eine Parlamentsmehrheit ein Gesetz gutgeheissen, gilt dieses. Sind die Unterlegenen im Parlament der Auffassung, das Volk würde anders entscheiden, sammeln sie Unterschriften damit das umstrittene Geschäft in einer Volksabstimmung endgültig entschieden wird.

Ab diesem Zeitpunkt beginnt die Propaganda. Es ist die Aufgabe der Parlamentsparteien für ein Ja oder ein Nein zu kämpfen und nicht die des Bundesrates. Starke Politiker des National- und Ständerats sollen Wahlkampf machen. Sie sind die gesetzgebende Behörde.

Die Abstimmungskampagnen kosten Geld. Die überlegene Parlamentsmehrheit, die für ein Ja ist, bedient sich der Abteilung für Information des Bundes, die aus 230 Vollzeitstellen besteht und ein Budget von ca. 80 Mio. aus Steuergeldern verschlingt. Die Parlamentsminderheit die eine Volksabstimmung bewirkt, muss ihre Abstimmungskampagne ohne Steuergelder bestreiten.

Die Aufgabe der Regierung wäre es, das Volk neutral über Vor- und Nachteile der umstrittenen Sache zu informieren. Auch darf der Bundesrat mitteilen ob er dafür oder dagegen ist. Die Abstimmungskampagnen mit Steuergeldern, wie sie vom Bund in den letzten Jahren zielgerichtet geführt worden sind um einer bestimmten Vorlage zu Sieg oder Niederlage zu verhelfen, sind klassische Beispiele von Behördenpropaganda.

Die Auffassung, die Meinung der Regierung sei die Richtige und es gehe in der Volksabstimmung nur noch darum, dieser Meinung zum Durchbruch zu verhelfen, ist „direktdemokratiefeindlich“. Was dem öffentlichen Interesse oder dem Gemeinwohl am besten entspricht ist nicht vorgegeben, auch nicht aus der Erkenntnis einer höherwertigen Elite, sondern muss sich im demokratischen Diskurs ergeben, der durch eine Volksabstimmung abschliessend festlegt, was als öffentliches Interesse und Gemeinwohl zu gelten hat.

Unfreiheit und bürokratische Diktatur drohen oder herrschen, wo die Regierung für sich beansprucht, die richtige Meinung zu vertreten. Stoppen wir einen Bundesrat, der durch Behördenpropaganda regieren will. Der indirekte Gegenvorschlag taugt nicht dazu.

Ein Ja am 1. Juni für „Volkssouveränität statt Behördenpropaganda“ ist für uns aus all den Gründen die Konsequenz um die direkte Demokratie zu stärken und um faire Abstimmungen zu ermöglichen. Das ganze Stimmvolk ist gefragt, welches Privileg!

SVP AI
Der Vorstand